

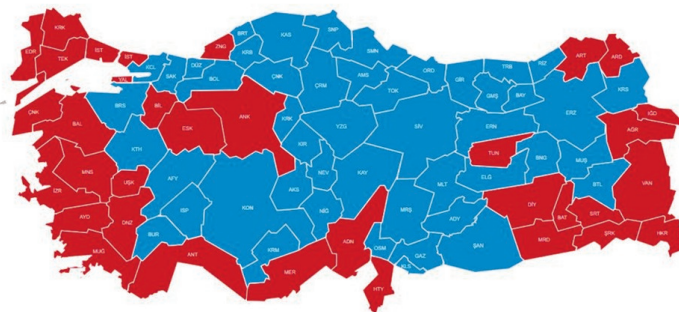


Verfassungsreferendum vom 16. April 2017: Ein Pyrrhussieg für Erdoğan?

von Yunus Ulusoy

Kurzer Rückblick: Erdogans Weg vom demokratischen Reformer zum Autokraten

Erdogan und seine AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) regieren die Türkei nunmehr seit rund 15 Jahren mit absoluter Mehrheit. Einst konnte die AKP als Reformpartei eine Veränderungsdynamik auslösen und damit die politische und wirtschaftliche Transformation des Landes vorantreiben, die von 2002 bis 2010 andauerte. Dabei gelang es Erdogan als Ministerpräsident, die Wirtschaft nach der massiven Krise zu konsolidieren und auf Wachstumskurs zu bringen, demokratische Reformen durchzusetzen, am 03.10.2005 die Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus zu erzielen und die innere Befriedigung der Gesellschaft durch eine lösungsorientierte Kurdenpolitik voranzutreiben, was bis zum Frühjahr 2014 andauerte. Dank dieser Reform- und Demokratisierungspolitik im Zuge der EU-Annäherung konnte er sich gegen das kemalistisch geprägte Establishment des Staates durchsetzen, die westliche Welt als politischen Bündnispartner für seinen Transformationskurs gewinnen, seine Partei als Volks-



partei etablieren und innenpolitische Gegner, die seinem Kurs nicht trauten, politisch isolieren. Mit der Verfassungsänderung vom 12. September 2010, die eine Reihe von Grundrechtsverbesserungen vorsah und über die in einem Referendum abgestimmt wurde, konnte er die Macht der Militärs als Wächter der türkischen Republik beschneiden und die Justiz neu ordnen.

Seitdem sind sieben Jahre vergangen, in denen Erdogan seine Macht kontinuierlich ausbaute und seinen Nimbus als Reformpolitiker langsam einbüßte. Im August 2014 wurde er der erste direkt gewählte Staatspräsident und konnte die exekutive Gewalt de facto übernehmen. Die Vereitelung des Putschversuchs vom 15. Juli 2016 erlaubte ihm, im Rahmen des Ausnahmezustandes seine einstige Weggefährtin, die Gülen-Bewegung, zu zerschlagen,

Oppositionelle und Journalisten zu verhaften und die Geschicke des Landes und seiner Partei ohne politische Widersacher zu bestimmen. Trotz dieser faktischen Machtfülle, die auf dem verhängten Ausnahmezustand beruht, strebt er die dauerhafte verfassungsgemäße Abseignung seiner Macht an; die Umwandlung des de facto zum de jure. Dabei eröffnete ihm die Allianz mit der nationalistischen MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) die Möglichkeit zur Installierung eines Präsidialsystems „türkisch-erdoğanscher“ Art.

Worum ging es?

Eine demokratische Verfassung sollte ein gesellschaftlicher Vertrag sein, der unter Beteiligung aller relevanten politischen Gruppierungen, der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit nach einem breiten Diskussionsprozess konsensual zustande kommt. Sie sollte nicht nur den Prinzipien von Stabilität und Machtdurchsetzung dienen, sondern insbesondere die Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger, die Gewaltenteilung und eine pluralistische politische Willensbildung garantieren. Die nun von AKP und MHP durchgesetzte Verfassungsänderung erfüllt diesen demokratischen Konsens-, Pluralismus- und Beteiligungsanspruch nicht und kann kaum als -dringend benötigter - gesellschaftlicher Kitt der Türkei fungieren.

Die Verfassungsänderung dient nach AKP-Lesart dazu, ein effektives und schnelles Regierungshandeln zu ermöglichen sowie notwendige Kompromisse und konsensuale Aushandlungen zu umgehen.

Die Verfassungsänderung

- beinhaltet eine Gleichzeitigkeit der Parlaments- und der Präsidentschaftswahlen, was die Möglichkeit des parlamentarischen Gegengewichts einschränkt

und die Abbildung veränderter Stimmungen durch Zwischenwahlen nicht zulässt,

- bedeutet die Beschneidung des Rechts des Parlaments, durch eine Interpellation ein Misstrauensvotum gegen einen Minister einzuleiten,
- reduziert die Kontrollrechte des Parlaments, vornehmlich die Informationsrechte,
- degradiert das Kabinett zu einer Art Beraterstab des Präsidenten, über den das Parlament keine Mitbestimmungsrechte hat,
- ermöglicht der Exekutivgewalt Verordnungsrechte und das Recht zur Ausrufung des Ausnahmezustandes ohne Kontrolle durch das Parlament,
- gestattet dem parteiischen Präsidenten (d.h. der Staatspräsident darf Mitglied bzw. Vorsitzender einer Partei sein) durch Ernennungsrechte, politischen Einfluss und entsprechende Parlamentsmehrheit die Judikative gemäß seinen Vorstellungen zu justieren,
- sichert bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen der eigenen Partei hohe Mehrheitsgrenzen für die Immunitätsaufhebung, die auch nach Beendigung der Amtszeit ein Leben lang gelten,
- sieht unter bestimmten Umständen vor, die Amtszeit des Präsidenten über die Regel von zweimal fünf Jahren hinaus zu verlängern,
- erlaubt dem parteiischen Präsidenten in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender die Aufstellung der Kandidatenliste aufgrund fehlender parteiinterner Demokratie zu bestimmen,
- gewährt dem Präsidenten Auflösungs-macht über das Parlament, sieht aber umkehrt eine hohe Hürde für Neuwah-

len (Drei-Fünftel-Mehrheit) vor.

An diesen Beispielen wird der Geist der Verfassungsänderung deutlich: Es fehlt an einem System von „checks and balances“ wie z.B. in den USA, um die Macht des Präsidenten zu kontrollieren und zu begrenzen. Im türkischen System übernimmt der Präsident die Exekutive und zugleich über den Parteinfluss als Vorsitzender bei entsprechender Parlamentsmehrheit die Legislative. Darüber hinaus kann er durch Ernennungsrechte massiv in die Judikative eingreifen. Die bisherige Ausübung der de-facto-Exekutivgewalt durch Erdoğan verdeutlicht, dass das System auf seine Person und auf sein Machtverständnis zugeschnitten ist.

Ergebnis des Verfassungsreferendums: Was bedeutet es?

Bei dem Verfassungsreferendum waren insgesamt 58,4 Mio. Türiinnen und Türiken wahlberechtigt, davon rund drei Mio. Wahlberechtigte im Ausland (2.9 Millionen). Die Anzahl der Wahlberechtigten, der abgegebenen Stimmen und der ungültigen Stimmen innerhalb der Türkei, ohne die ausländischen Stimmen, wurde in keiner der zugänglichen Veröffentlichungen genannt – weder von der staatlichen Nachrichtenagentur, noch von anderen türkischen Medien, die diese Ergebnisse weiter veröffentlicht haben. Deshalb sind in der unten stehenden Tabelle die Werte mit dem Symbol * durch die Subtraktion der Auslandszahlen von den Gesamtzahlen berechnet worden.

Die Befürworter der Verfassungsänderung zielten auf ein deutliches, über der 60%-Marke liegendes Ja-Votum beim Referendum ab. Denn bei den letzten Parlamentswahlen im November 2015 hatte das Lager

der AKP- und MHP-Wähler einen Stimmenanteil von 61,4%. Doch wussten beide Parteien, dass sich ein Teil der Parteibasis und einige Vertreter der Parteispitze der MHP der 180-Grad-Wendung des Parteivorsitzenden - der sich bis Sommer 2016 strikt gegen eine Zusammenarbeit mit der AKP ausgesprochen hatte - widersetzen und es auch innerhalb der AKP Wählerschichten gab, die von der Notwendigkeit der Verfassungsänderung nicht überzeugt waren, so dass auch ein Ja-Votum über 55% als Erfolg interpretiert worden wäre. Für Erdoğan, und noch mehr für seine Partei AKP brachte die Wahlnacht ein ernüchterndes - und ein sehr teuer erkauftes - Ergebnis. Das Ja-Lager gewann die Abstimmung hauchdünn mit 51,4 Prozent gegen 48,6 Prozent.

Neben dieser sehr knappen Mehrheit schmälern Vorwürfe der Manipulation und von Unregelmäßigkeiten den Erfolg der Befürworter. Bei diesen Vorwürfen ging es darum, dass der für die Wahlen zuständige Hohe Wahlausschuss während der laufenden Abstimmung die von ihm nicht gestempelten Stimmzettel als gültig wertete, obwohl das Wahlgesetz eine solche Stempelung vorschreibt. Der Hohe Wahlausschuss verteidigt dieses Vorgehen damit, dass einem Wähler sein Wahlrecht nicht aberkannt werden könne, nur weil die lokale Wahlkommission die Stempelung unterlassen habe. Dort saßen alle Parteivertreter und zudem seien die Wahlunterlagen vom Hohen Wahlausschuss geliefert und insbesondere durch die Kontrollzählung abgesichert. In der Vergangenheit gab es zu diesem Problem divergierende Entscheidungen, die sowohl die aktuelle Auslegung des Hohen Wahlausschusses als auch die gegensätzliche Auslegung - die Nicht-Berücksichtigung solcher Wahlzettel - um-

fassen. Der Chef der OSZE-Wahlbeobachter, Michael Georg Link, sieht die Entscheidung der Anerkennung als Verstoß gegen das türkische Recht. Der Hohe Wahlausschuss lehnte am 19.04.17 mit einer Gegenstimme den Eil-Antrag der Opposition auf Annullierung der Wahlen ab. Damit findet sich die Opposition nicht ab und erklärt, das Ergebnis des Referendums nicht zu akzeptieren.

Der Graben innerhalb der türkischen Gesellschaft - der seit Langem das Land durchzieht und sich an sozialen, regionalen und religiös-kulturellen Unterschieden festmacht - hat sich mit diesem Wahlausgang noch vertieft, weshalb die Türkei durch das Verfassungsreferendum nicht an gesellschaftlicher Stabilität gewonnen hat, wie Erdoğan angeblich erhoffte. Das Land steuert einer ungewissen innenpolitischen Zukunft entgegen, bei gleichzeitig riesigen wirtschafts- und außenpolitischen Herausforderungen. Parallel zu dieser Entwicklung ist der Ausnahmezustand am 18. April um weitere drei Monate verlängert worden. Vor dem Hintergrund des Ausnahmezustandes und der Haltung der Opposition, das Wahlergebnis nicht zu akzeptieren,

sind Unruhen oder lokale Konflikte ein denkbares bzw. erwartbares Szenario.

Welche internationalen Folgen die Ereignisse für die Türkei haben werden, insbesondere auf der Ebene des Europarates, der OSZE und der EU, ist derzeit nicht absehbar. Gleichzeitig bekam Erdoğan Glückwunschanrufe vom russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump, wobei diese symbolische Zustimmung angesichts deren Unberechenbarkeit nicht unbedingt als ein Zeichen nachhaltiger Unterstützung zu werten ist.

Der ungleiche Wahlkampf:

Was folgt daraus?

Der Wahlkampf erfolgte unter ungleichen Wettbewerbsbedingungen. Das Nein-Lager wurde prominent nur von der CHP (Republikanische Volkspartei) unterstützt. Die charismatischen Co-Vorsitzenden, viele Abgeordnete, Parteifunktionäre und Bürgermeister der prokurdischen HDP (Demokratische Partei der Völker) wurden wegen des Vorwurfs der Unterstützung der Terrororganisation PKK im Zuge des Ausnahmezustandes verhaftet. Die promi-

Tabelle: Ergebnisse des Verfassungsreferendums (Insgesamt, nur Türkei, Ausland und Deutschland)

	Türkei+ Ausland	Nur Türkei	Ausland	Deutschland
Wahlberechtigte	58.366.647	55.408.777*	2.957.870	1.430.132
Abgegebene Stimmen	49.799.163	48.374.936*	1.424.227	660.666
Gültige Stimmen	48.934.116	47.527.543	1.406.573	653.502
Ungültige Stimmen	865.047	847.393*	17.654	7.164
Wahlbeteiligung (%)	85,32	87,30	48,18	46,22
Ja (%)	51,41	51,18	59,09	63,07
Gültige Stimmen Ja	25.157.025	24.325.817	831.208	412.149
Nein (%)	48,59	48,82	40,91	36,93
Gültige Stimmen Nein	23.777.091	23.201.726	575.365	241.353

Quelle: Anadolu Agentur, Hürriyet; * Eigene Berechnungen

nente innerparteiliche Opposition aus der MHP, die frühere Innenministerin und Abgeordnete Meral Akşener, wurde durch zahlreiche Repressalien an Auftritten und Kundgebungen gehindert. Von solchen Behinderungen war selbst die noch starke Oppositionspartei CHP betroffen. Gewerkschaften und regierungsferne zivilgesellschaftliche Organisationen durften aufgrund des Ausnahmezustandes keine politischen Veranstaltungen durchführen. Die akademische Welt, auch die juristischen Fakultäten, waren aufgrund der Säuberungsaktionen im Rahmen des Ausnahmezustandes eingeschüchtert, weshalb sich kritische Akademiker in die Debatte kaum einschalteten. Zudem durfte und konnte das Ja-Lager das Nein-Lager dämonisieren und in die Ecke der Terrorsympathisanten schieben, weil auch die HDP und die verbleibenden Reste der Gülen-Bewegung in der heterogenen Gruppe des Nein-Lagers verortet waren.

Auf der anderen Seite konnte das Ja-Lager die gesamten Ressourcen des Staates, der AKP-nahen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Medien ungeniert einsetzen. Anders als das Ja-Lager ist das heterogene Nein-Lager eine Sammlung unterschiedlicher politischer Strömungen, die außer ihrer Ablehnung des Verfassungsreferendums und der Machtpolitik Erdogans politisch kaum etwas eint.

Doch trotz dieser „David gegen Goliath“-Bedingungen gelang es der AKP und der MHP nicht, die eigenen Wähler in Gänze zu überzeugen. Das Ja-Lager verlor in vier der fünf größten Metropolen des Landes, insbesondere in Istanbul und Ankara - in Istanbul hatte Erdoğan seit seiner Bürgermeisterwahl bisher noch nie eine Wahl verloren (siehe Abbildung 1). Zudem verliert

Erdoğan unter Erstwählern und vor allem unter bildungserfolgreichen Schichten an Zustimmung, wie die IPSOS-Umfrage für CNN Türk belegt (siehe Abbildung 4). Das Verfassungsreferendum endete somit für das Ja-Lager trotz des Sieges mit einem politischen Fiasko.

Das Ergebnis der Auslands- und Deutschlandstimmen: Wie ist es einzuordnen?

Der Umgang mit Auslandsauftritten von AKP-Politikern, die teilweise aufgeregte Diskussion um die Türkei in den europäischen Staaten und die unsäglichen Nazi-Vergleiche aus der Türkei hatten im Vorfeld der Wahlen eine Atmosphäre erzeugt, die der Abstimmung eine enorme Bedeutung gaben - nicht nur unter Türkeistämmigen, sondern auch in der deutschen Bevölkerung insgesamt. Der Staatspräsident der Türkei genießt in Deutschland eine enorme Bekanntheit - auch wenn sie weitestgehend negativ konnotiert ist. Sie gründet sich wesentlich auf den autoritären Kurs des Präsidenten und auf die Bedeutung der türkeistämmigen Community in Deutschland, wodurch die innenpolitischen Themen der Türkei in die Agenda der deutschen Medien einfließen, die die Entwicklungen in der Türkei kritisch beleuchten und in denen mehrheitlich die kritischen Stimmen Gehör und Akzeptanz finden. In Deutschland ist somit eine Gegenöffentlichkeit entstanden, die jedoch in erster Linie die einheimischen Medienkonsumenten und die ohnehin kritischen Teile der türkischen Öffentlichkeit umfasst.

In Zeiten der Digitalisierung und sozialer Netzwerke sind parallele „Wahrheitsinseln“ eine gängige Erscheinung, in denen nur einer bestimmten „Wahrheit“ bzw.

Überzeugung dienende Informationen dargestellt werden. Dies gilt für Gegner wie Unterstützer der Verfassungsänderung gleichermaßen. Gerade der regierungsfreundlichen türkischen Öffentlichkeit stehen ausreichend solcher „Wahrheitsinseln“ zur Verfügung, in denen ein staatlich und medial geförderter Huldigungskult um die Person Erdoğan entstanden ist. Sie sanktionieren jede Kritik als Verrat an der Türkei. Ein lebendiger demokratischer Diskurs ist innerhalb dieser Wahrheitsinseln unmöglich. Jeder Versuch, von außen in diese Wahrheitsinsel einzudringen, wird mit verbaler Abwehr im Keim erstickt - eine Entwicklung, von der nicht nur der staatliche Populismus der Türkei profitiert, sondern auch populistische Bewegungen in Europa, die die Fundamente der etablierten Demokratien und der Europäischen Union zum Wanken bringen wollen.

Doch nützt es wenig, die in diesen Wahrheitswelten lebenden Anhänger der Verfassungsänderung zu dämonisieren. Der Vorwurf, sie würden eine Diktatur in der Türkei befürworten und hierzulande die demokratischen Freiheiten genießen, ist zwar substantiell verständlich, aber politisch, und insbesondere integrationspolitisch, kontraproduktiv. Hilfreicher wären differenzierte Ansätze, die sich mit den Motiven der Menschen auseinandersetzen, sie - wie die Anhänger der hiesigen Populisten auch - ernst nehmen und für einen demokratischen Kurs gewinnen sowie stärker in Maßnahmen der politischen Bildung einbeziehen.

Der Erfolg von Erdoğan in Deutschland: Wie ist er zu erklären?

Es gibt keinen alleinigen kohärenten Erklä-

rungsansatz für die mit 63% überproportionale Zustimmung der türkischen Wähler in Deutschland zur Verfassungsänderung (siehe Abbildung 2). Im Folgenden werden einige Erklärungen für den Erfolg des Ja-Lagers in Deutschland aufgeführt:

Migrationsspezifische Faktoren

Türkeistämmige in Deutschland entstammen überwiegend der Arbeitsmigration, die vor allem unqualifiziert Beschäftigte in die Industrie nach Deutschland brachte, die sehr häufig aus ländlichen Regionen der Türkei stammten – anders als in „klassischen“ Einwanderungsländer wie die USA oder Australien, die eher gut Gebildete anzogen. Doch auch innerhalb Deutschlands gibt es demographische Unterschiede in der Gruppe der türkeistämmigen Zuwanderer, die sich auch heute noch in der Parteinähe und ganz aktuell beim Verfassungsreferendum niederschlagen – mit einer besonders hohen Zustimmung im Konsulatsbezirk Essen (76%) und einer deutlich geringeren Zustimmung in Berlin (50%).

Gerade in den Ballungszentren in NRW, wo Arbeitskräfte für die Montanindustrie gesucht waren, siedelten sich sehr viele Türkeistämmige an, die aus den Bergbauregionen der Türkei (insbesondere aus der Schwarzmeerregion) stammen. Diese Regionen sind aber zugleich solche, in denen früher wie heute konservativ-religiöse Wählerschichten verortet sind. Von daher verwundert es nicht, dass NRW und insbesondere der Generalkonsulatsbezirk Essen überproportional hohe Anteile an AKP-Wählern aufweist. Zuwanderer aus den geographischen Regionen des Nein-Lagers in der Türkei sind im Kontext der Gastarbeitermigration im Ruhrgebiet unterrepräsentiert. In Berlin hingegen treffen die Anwer-

bebedingungen des Ruhrgebiets weniger zu, dort war die Gruppe der Zuwanderer von Anfang an heterogener. Zudem ist die Opposition dort durch die Hauptstadtlage und durch viele Dissidenten gut organisiert und profitierte zudem davon, dass nach der Wiedervereinigung gut ausgebildete Türkinnen und Türken aus den anderen Bundesländern in die Hauptstadt zogen.

Organisationsgrad

Gerade die konservativen Milieus des türkischen Wählerspektrums sind in Deutschland bestens organisiert: Die Auslandsorganisation der AKP, die UETD, verfügt über lokale Vereine, die nahezu in jeder Großstadt, insbesondere im Ruhrgebiet, vorhanden sind. Zudem können die Moscheen das konservativ-religiöse Spektrum der türkischen Bevölkerung an sich binden, wodurch ein relativ leichter Zugang zu ihnen möglich ist. Demgegenüber verfügt das säkulare Spektrum um die CHP über keine durchsetzungsfähige und einheitliche Organisationsstruktur, so dass sich ihre Anhänger zumeist individuell und ohne eine selbstversichernde und den Binnenhalt stärkende Gruppe motivieren müssen.

Urbanitäts- und Mobilitätsvorteile

In urbanen Zentren, wie sie in Deutschland überproportional vorhanden sind, lassen sich die Wähler aufgrund der organisatorischen Vorteile viel leichter aktivieren. Zudem gelingt durch die geringen Entfernungen zum Wahllokal in urbanen Zentren eine bessere Mobilisierung.

Attraktivitätsverlust der HDP

Die kurdische Opposition konnte aufgrund der Inhaftierung ihres Spitzenpersonals und der Terrorakte der PKK das Wählerpo-

tenzial, das sie bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 erreicht hatte (17,5% in Deutschland), nicht mobilisieren. Die HDP kann heute weitgehend nur die kurdischen und linken Bevölkerungsgruppen erreichen, die den bewaffneten Kampf der PKK nicht kategorisch ablehnen. Das Verfassungsreferendum hat die AKP auch deshalb gewonnen (wenn man die Manipulationsvorwürfe nicht berücksichtigt), weil sie in einigen kurdischen Provinzen zugelegt hat, was die Vermutung nahe legt, dass auch die kurdischen Zuwanderer in Deutschland häufiger als früher die AKP beim Referendum unterstützten.

Kollektivgedächtnis

Die tiefsitzende Angst vor Instabilität und Wirtschaftskrisen im Kollektivgedächtnis beeinflusst das Wahlverhalten der Türkinnen und Türken stark, insbesondere bildungsfernerer und ärmerer Bevölkerungsschichten. Die AKP-Ära steht bei ihnen für Wirtschaftswachstum sowie Sozial- und Gesundheitsleistungen, die auch der breiten Masse der Bevölkerung zugutekommen. Die Vor-AKP-Ära steht hingegen für Wirtschafts- und Regierungskrisen, Hyperinflation und einer Türkei, die als Bittstellerin vor den Toren des IWF, der EU oder der Weltbank stand. Auslandstürken, gerade in Deutschland, können diese positiven Entwicklungen unter der AKP-Regierung nicht nur im Urlaub beobachten, sondern spüren das evtl. auch im eigenen Portemonnaie, weil sie ihre Angehörigen in der Türkei finanziell weniger unterstützen müssen.

„Demokratie“ versus Stabilität

Den Befürwortern der Verfassungsänderung geht es nach eigenem Bekunden nicht um die Unterstützung eines Diktators, son-

dern um die Etablierung eines starken Führers, der ihnen auf den politischen Handlungsfeldern Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und innere Sicherheit Besserung verspricht (siehe Kollektivgedächtnis). Die Verhaftung von kritischen Journalisten, linken oder kurdischen Oppositionellen oder die Machtfülle des Präsidenten berühren ihre Lebenswirklichkeit nicht. Dies scheint ein Phänomen der Zeit zu sein, denn auch in demokratischen Gesellschaften kann man mit Themen der inneren Sicherheit und wirtschaftlichem Populismus Wahlen gewinnen (Trump in USA, Orban in Ungarn, PIS-Partei in Polen), wobei die Aushöhlung der Demokratie, die Kontrolle der Medien und ein nicht mehr unabhängiges Rechtssystem kaum eine Rolle spielen.

Emotional-positive Einbindungssprache

Anders als von deutschen Medien und Politikern werden Türkeistämmige von Erdoğan mit einer symbolträchtigen und emotionalen Sprache hofiert; im emotionalen Einbindungswettbewerb ist er der Gewinner, weil eine solche Rhetorik hierzulande nicht gängig ist. Zudem stehen im inländischen Fokus zumeist die vermeintlichen oder tatsächlichen Integrationsdefizite von Türkeistämmigen und kaum ihre (zumindest empfundene) Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft. Demgegenüber vermittelt Erdoğan ihnen das Gefühl, Teil einer großen türkischen Nation zu sein und gibt ihnen zugleich Stolz, Selbstachtung und Würde, die im Migrationsprozess durch den niedrigeren sozialen Status im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft lädiert sein können. Damit bedient er erfolgreich ein zutiefst menschliches Bedürfnis nach Anerkennung.

Protest- und Trotzhaltung

Die öffentliche „Dämonisierung“ Erdoğan in Deutschland stößt bei den konservativ-religiösen türkischen Milieus auf Ablehnung. Sie erkennen darin nicht immer ein aufrichtiges Interesse an der Türkei, sondern partikulare Sichtweisen und eine Gemengelage, die sich insbesondere aus innenpolitischen Motivlagen speist. Anders als Putins Russland verfügt Erdoğan Türkei in der deutschen Öffentlichkeit über keine „Versteher“, die der türkischen (Regierungs-)Seite nahe stehen und zu ihr Brücken bauen können. Auch von vielen Türkeistämmigen, die keine Erdoğan-Fans sind, wird das „Erdoğan-Bashing“ vielfach als „Türkei-Bashing“ verstanden und von ihnen auf ihre türkisch-muslimische Identität zurückgeführt, weshalb die hiesige Diskussion auch etliche Nicht-AKP-Anhänger als Trotzreaktion in die Arme Erdoğan treiben kann.

Kontraproduktive „Parteinahme“ und Auftrittsverbote

Bei der Diskussion um den Ausgang des Referendums sollten Kommentatoren nicht vergessen, dass fast die Hälfte der Wähler mit Nein gestimmt haben. Dies bedeutet, dass auch aus der konservativ-nationalen Mitte der türkischen Gesellschaft, egal ob in Deutschland oder der Türkei, Wähler diesmal Erdoğan die Stimme versagt haben, obwohl sie ihn sonst wählen würden. Wie die Ergebnisse in der Türkei und in Deutschland zeigen, hat das Regierungslager in der Türkei im Vergleich zur letzten Parlamentswahl rund zehn Prozent und in Deutschland rund vier Prozent verloren. Kemal Kılıçdaroğlu, der Gegenpart Erdoğan von der CHP, sieht in der Diskussion über die Abstimmung und den Wahlkampf im Ausland einen möglichen Beitrag

dazu, dass dieser Abwärtstrend gebremst wurde. Vor dem Hintergrund, dass die Auslandsstimmen nur minimal zum Wahlausgang beigetragen haben (additiv 0,23%), war die gelassene Haltung der Kanzlerin - im Unterschied zur Reaktion in den Niederlanden - evtl. hilfreich.

Fazit für die Integrationsdiskussion

Das Wahlergebnis in Deutschland ist kein Beleg für die grundsätzliche Demokratiefeindlichkeit der zugewanderten Türkeistämmigen und sollte nicht als Messlatte für Integrationserfolg oder -misserfolg instrumentalisiert werden. Es zeigt sich, dass sich die Zustimmung zur Verfassungsreform aus sehr unterschiedlichen Motiven speisen kann (siehe Abbildung 6), die in erster Linie mit der Zukunft der Türkei zusammen hängen. Dabei unterliegen Wählervoten zu Themen im Herkunftsland anderen Mechanismen als im Inland, wo die Türkeistämmigen vor allem demokratischen Parteien des deutschen Parteienspektrums zuneigen, traditionell allen voran die SPD. Das Wahlergebnis der Abstimmung in Deutschland ist genauso wenig mit Demokratiedistanz der Türkeistämmigen gleichzusetzen wie das mehrheitliche „Nein“ in Bahrain, Katar oder Iran für die Demokratieorientierung spricht. Zur Liste des Nein-Lagers gehören autokratische Länder wie Aserbaidshan, China oder Kasachstan und auch Demokratien wie Großbritannien, Schweiz, USA oder Australien (siehe Abbildung 3). Diese unterschiedliche Zuordnung der Länder zum Ja bzw. Nein-Lager ist in erster Linie abhängig von der sozialen Zusammensetzung der türkeistämmigen Bevölkerung (Bildungs- und Ausbildungsstand, Einwanderungsgrund, Herkunftsregion aus der Türkei).

Nicht zuletzt sollte nicht vergessen werden, dass eine Mehrheit von 53,8% der türkischen Staatsangehörigen nicht gewählt hat, ganz zu schweigen von rund 1,5 Mio. Türkeistämmigen, die die türkische Staatsangehörigkeit inzwischen aufgegeben haben oder nicht wahlberechtigt waren.

Insofern sollte das türkische Wählervotum vom 16. April Ansporn sein, den Wettbewerb um die Herzen der Türkeistämmigen anzunehmen und sie stärker in die bundesdeutsche Demokratie einzubinden.

Ausblick: Zukunft der türkischen Demokratie

Der Wahlausgang hat verdeutlicht, dass die türkische Demokratie trotz aller Angriffe noch immer widerstandsfähig ist. Denn trotz widriger Umstände hat jede(r) Zweite, ausgehend von den Ergebnissen des Wahlausschusses, gegen das Verfassungsreferendum und gegen Erdoğan gestimmt. Der größte Teil der Ja-Wähler hat für Erdoğan gestimmt, weil er ihnen wirtschaftliche und politische Stabilität verspricht (siehe Abbildung 6). Das Votum ist damit nicht als Zustimmung zur Demontage der Demokratie zu verstehen, zumal die Hälfte des Landes das Präsidialsystem und Erdoğan selbst kategorisch ablehnen (siehe Abbildung 7). Die Türkei ist insofern ein gesellschaftlich und politisch noch immer sehr heterogenes Land, das mit der Welt wirtschaftlich, politisch und kulturell eng verflochten ist. Insbesondere gilt dies für die westlichen Länder, vor allem für Deutschland und die EU.

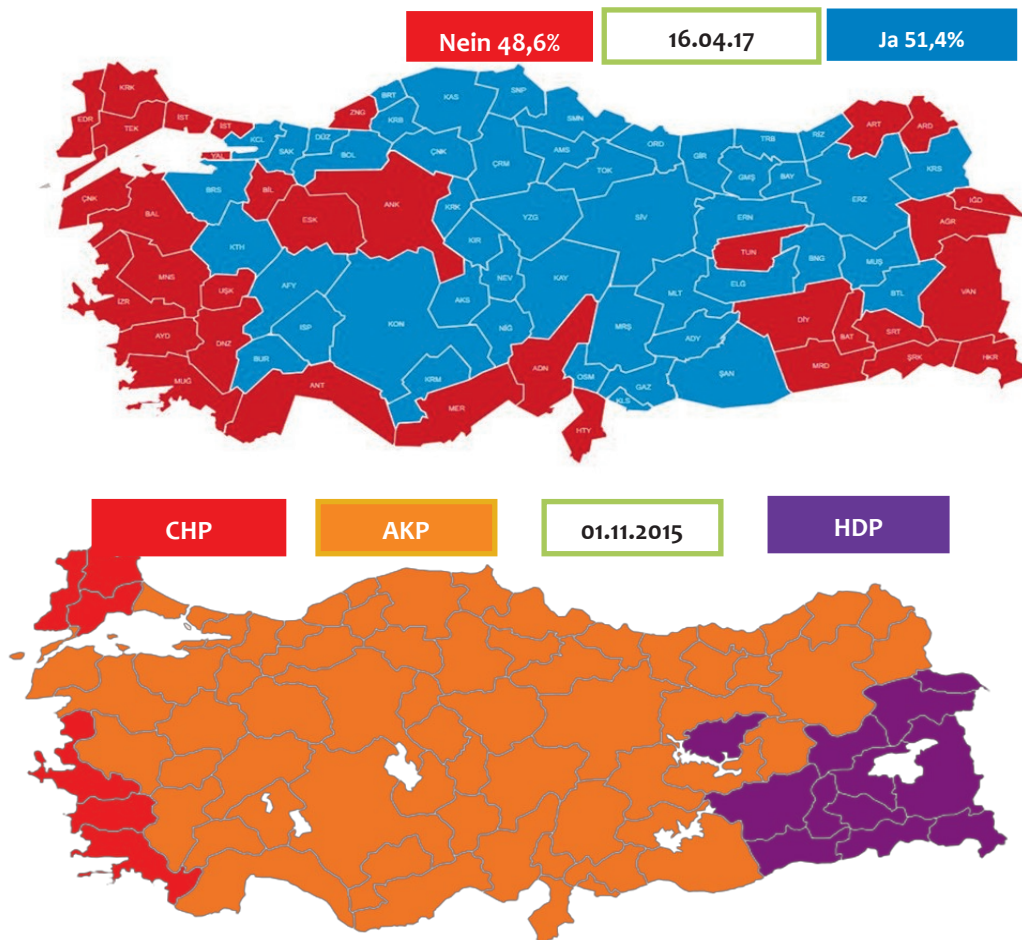
Erdoğan's Legitimität basiert auf dem Ergebnis demokratischer Wahlen. Zum ersten Mal in den vergangenen 15 Jahren wird diese Legitimität nun von der Opposition und

von Teilen der ausländischen Öffentlichkeit bestritten. Der knappe Sieg ist für ihn keine starke Stütze, um seinen innen- und außenpolitischen Kurs unverändert fortzuführen oder gar noch zu verschärfen. Die von ihm im Wahlkampf geforderte Wiedereinführung der Todesstrafe wird nicht zuletzt darüber entscheiden, welchen Weg die Türkei nehmen wird. Setzt er diese durch, isoliert er das Land endgültig vom Westen, obwohl die Türkei angesichts der Wirtschaftslage auf Investoren, Kapital und Touristen angewiesen ist. In Erinnerung an die Anfangsjahre seiner Regierungszeit und die damaligen Erfolge, von denen er nach wie vor zehrt, müsste Erdoğan sprachlich abrüsten und seine Polarisierungspolitik aufgeben, ebenso die Eingliederung der kurdischen Bevölkerung wiederaufnehmen. Leider sind diese Erwartungen angesichts der erdoğanischen Politik der letzten sieben Jahre nur be-

dingt realistisch. Deshalb ist die Zukunft der Türkei wie auch Erdoğan selbst mit vielen Unwägbarkeiten behaftet.

Für die Opposition bedeutet das Ergebnis einen Motivationsschub, wie sie ihn in den vergangenen 15 Jahren nur kurz - im Juni 2015, als die AKP die absolute Mehrheit verlor -, erlebte. Damit die Hauptoppositionspartei CHP von dem Votum langfristig profitieren kann, muss sie sich personell und inhaltlich in Richtung einer sozialdemokratischen Partei erneuern, um auch stärker Wähler aus bildungsferneren und ärmeren Schichten anzusprechen (siehe Abbildung 4). Der Prozess um das Referendum zeigt auch, dass sich das konservativ-nationale Lager um die Abtrünnigen der MHP und der AKP mit einer neuen Parteigründung in Richtung der politischen Mitte bewegen könnte. Wie die Abbildung 5 belegt, konnte die MHP die meisten ihrer Wähler für das Ja

Abbildung 1: Veränderung der Politischen Landkarte vom November 2015 (Parlamentswahl) auf April 2016 (Verfassungsreferendum)



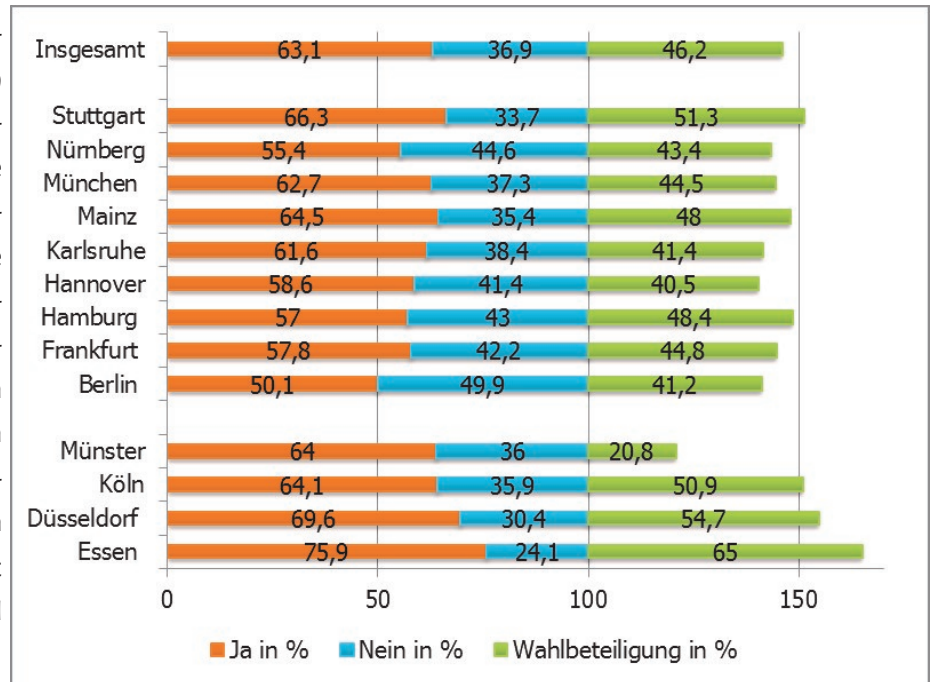
Quelle: <http://www.sozcu.com.tr/2017/gundem/turkiyenin-oy-haritasi-degisti->

-Votum der Parteispitze nicht gewinnen (73%). Zudem müsste die HDP den früheren Kurs einer Partei, die Politik für die gesamte Türkei macht, wieder aufnehmen und sich deutlicher von der PKK abgrenzen.

auch in Kürze den Parteivorsitz der AKP übernehmen wird. ●

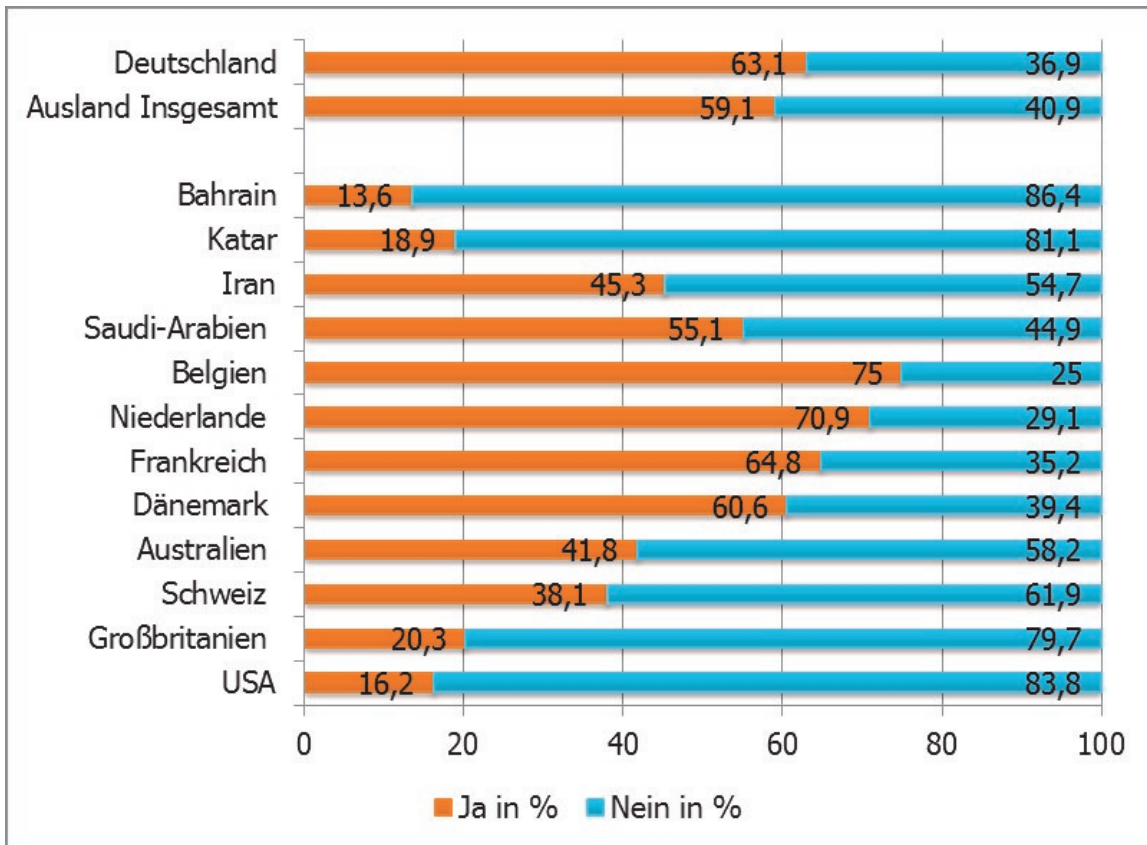
Unter diesen Bedingungen könnte es für die Opposition möglich werden, 2019 Erdoğan die Präsidentschaft abzuringen und die Macht im Staate zu übernehmen. Bis dahin steht die Türkei vor gewaltigen innenpolitischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Herausforderungen, deren unzureichende Bewältigung diesmal allein dem Präsidenten angelastet werden wird, der wohl

Abbildung 2: Ergebnis des Referendums in Deutschland



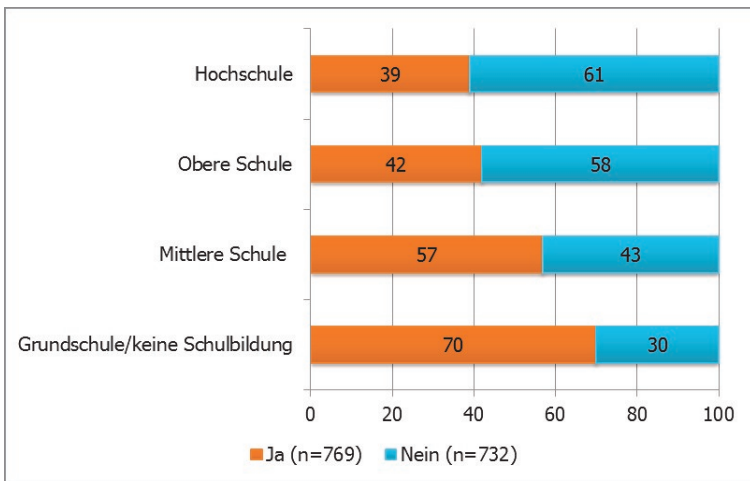
Quelle: Anadolu Agentur, Hürriyet

Abbildung 3: Ergebnis des Referendums in ausgewählten Staaten



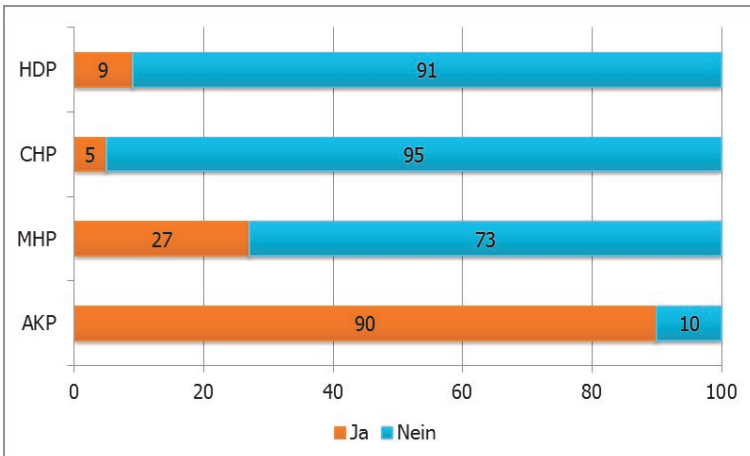
Quelle: Anadolu Agentur, Hürriyet

Abbildung 4: Auswirkung der Schulbildung auf das Wahlvotum in der Türkei



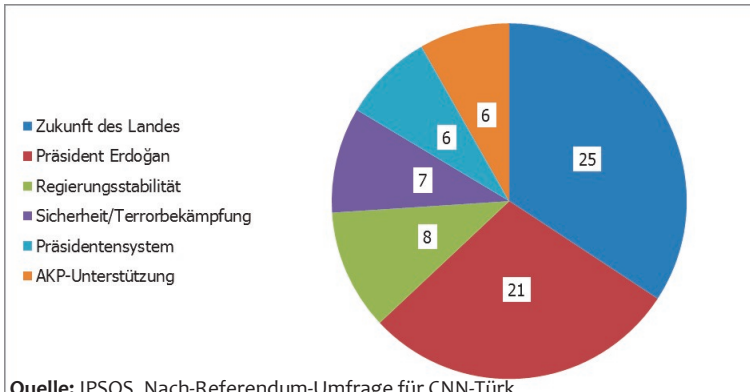
Quelle: IPSOS, Nach-Referendum-Umfrage für CNN-Türk

Abbildung 5: Ja/Nein Relationen der Parteien gegenüber 2015 (n=1501) in der Türkei



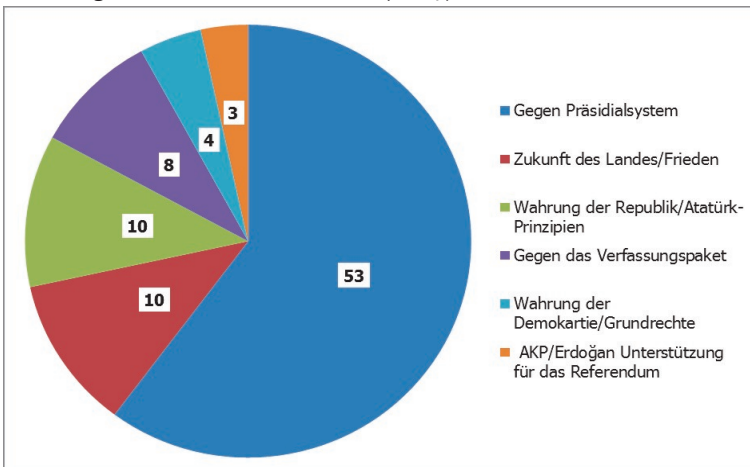
Quelle: IPSOS, Nach-Referendum-Umfrage für CNN-Türk

Abbildung 6: Gründe für das Ja-Votum (n=769) in Prozent in der Türkei



Quelle: IPSOS, Nach-Referendum-Umfrage für CNN-Türk

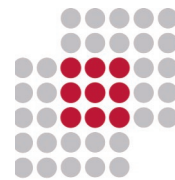
Abbildung 7: Gründe für das Nein-Votum (n=769) in Prozent in der Türkei



Quelle: IPSOS, Nach-Referendum-Umfrage für CNN-Türk



Das ZfTI ist eine Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen



Stiftung Zentrum
für Türkeistudien und
Integrationsforschung

Türkiye ve Uyum
Araştırmaları
Merkezi Vakfı

Institut an der
Universität Duisburg-Essen



Kuratorium

Vorsitzender

Minister **Rainer Schmelzter**, MAIS NRW

Stellv. Vorsitzender

Staatssekretär **Dr. Thomas Grünewald**, MIWF
NRW

Mitglieder

Britta Altenkamp, MdL/SPD; **Peter Anders**,
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft;
Susanne Blasberg-Bense, Schulministerium
NRW; **Anne Katrin Bohle**, MBWSV NRW;
Andreas Bomheuer, Stadt Essen; **Simone
Brand**, MdL/Piraten; **Regina van Dinther**, MdL/
CDU; **Serap Güler**, MdL/CDU; **Dieter
Hillebrand**, DGB-MEO; **Prof. Dr. Osman Isfen**,
Ruhr-Universität Bochum; **Dr. Herbert Jakoby**,
Wirtschaftsministerium NRW; **Tayfun Keltek**,
LAGA NRW; **Winfried Kneip**, Stiftung Mercator;
Martin Murrack, Staatskanzlei NRW; **Reiner
Nolten**, Westdeutscher Handwerkskammertag;
Leyla Özmal, Stadt Duisburg; **Aziz Sarıyar**,
ATİAD; **Aslı Sevindim**, WDR; **Dr. Joachim
Stamp**, MdL/FDP; **Prof. Dr. Rita Süßmuth**,
Bundtagspräsidentin a.D.; **Arif Ünal**, MdL/
Bündnis 90/Die Grünen; **Dr Michael Vesper**,
DOSB; **Serdar Yüksel**, MdL/SPD; **Prof. Dr.
Evelyn Ziegler**, Universität Duisburg-Essen,
Prof. Dr. Christoph Zöpel, Staatsminister a.D.

Vorstand

Wolfram Kuschke, Staatsminister a.D.,
Vorsitzender

Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt
Essen, stellv. Vorsitzender

Prof. Dr. Andreas Blätte, Universität Duisburg-
Essen

Wissenschaftlicher Leiter:

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan

Stellv. wissenschaftlicher Leiter:

apl. Prof. Dr. Dirk Halm

Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung

Altendorfer Str. 3

Telefon: 0201-3198-0

Fax: 0201-3198-333

E-Mail: zfti@zfti.de

www.zfti.de